

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1 M 50 Pf (ohne Postgebühren), für Collegen
vierteljährlich 2 M 50 Pf. Bei a. a. Postanstalten I. Zeitungspreisliste Nr. 609.
Eingelassener 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunden: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Spalte, Zeitstelle ob deren Raum mit 15 Pf.
Bekanntmachung mit 50 Pf die Zeile berechnet. In Briefen, Briefen, Adressen,
Buchdruckerei, Redaktionen und Geschäftsstellen: Dresden,
Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1906.

Die Komödie in Mannheim.

Zust am rechten Ort hat heuer der sozialdemokratische Parteitag sich versammelt: im Apollotheater zu Mannheim, wo in den Abendstunden die Gäste durch die Scherze des Clowns sonst erheitert werden. Zwar konnte der Parteitag nach einiger Verzögerung wieder in den städtischen Rosenparken — wo 1902 der Katholikentag tagte — übersiedeln, aber es blieb an der Versammlung der Eindruck des Theaterhaften hängen. Dieses Urteil wird durchaus begründet, wenn man sich den „Clou“ des Parteitages vor Augen hält: „Die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften.“ Ein Jahr lang hat man einander geraut und sich die schwersten Verbalinjurien an den Kopf geschleudert, weil die Gewerkschaften in Köln den einseitigen Kultus des Massenstreiks für verwerflich erklärten, während der Parteitag von Jena den Massenstreik als offensives — nicht nur defensives Kampfmittel bezeichnete. Nun hat der Parteitag von Mannheim beschlossen, zwischen Köln und Jena habe nie die geringste Meinungsverschiedenheit geherrscht. Und das von Rechts wegen, denn der Parteitag ist souverän, und die höchste Instanz für den aufgeklärten und zielbewußten Genossen. Man muß sich die einzelnen Stadien dieses Stückes vor Augen halten, um zu erkennen, wie groß die Komödie gewesen ist. Die „Vorwärts“-Redaktion ist geläubert worden, das geheime Protokoll der Generalkommission der Gewerkschaften zu den Verhältnissen in den letzten Jahren ist veröffentlicht worden, und nun diese Konstatierung der starken Einmütigkeit. Das war ein Knalleffekt, der aber die Streitigkeiten nicht aus der Welt schafft.

Wenn man nun fragt, wer als Sieger aus dem Streite hervorgeht, so muß allgemein die Antwort lauten: die Gewerkschaften! Sie haben seit ihrem Bestehen den ersten großen Sieg über die Partei errungen! Sie gingen als Angeklagte nach Mannheim; der „Vorwärts“ hatte ihnen bereits zuvor das Urteil gesprochen und die einzelnen Gewerkschaftsführer als Dummköpfe usw. bezeichnet, die vom wahren Sozialismus nichts verstehen. Da war es schon der erste Erfolg, daß neben Bebel der Vorüberende der Gewerkschaften als Referent auftreten durfte. Und daran reihte sich Sieg an Sieg. Selbst August Bebel stellte sich auf ihre Seite und sagte sich gar von Kautsky los. Ja, Kautsky mag mit Schmerzen an Mannheim denken; er war derjenige Parteigänger, dessen Ansicht die allein richtige war, der über die Wissenschaft der Genossen entschied, und wie schlimm ist ihm in Mannheim mitgespielt worden. Er war von allen Seiten verlassen; das Gekacker der Frau Luxemburg konnte ihm nicht mehr viel nützen. Aber am auffallendsten war doch die Schwankung vom „alten Bebel“, der noch viel über sein Mannheimer „Jena“ hören wird.

Bebel war heiter der Dorn der Radikalen und mit zunehmendem Alter steigerte sich seine Verbissenheit und sein Draufgängertum. Unter seiner Protektion gingen die Radikalen so weit vor; jetzt wird er sich kaum darüber beklagen dürfen, wenn die Radikalen seinen alt und jähm gewordenen Radikalismus demnächst etwas heftig zausen sollten. Von der Artung, die man diesem Manne sonst auch als Gegner persönlich nicht verlagern konnte, wird man nachgerade doch ein gut Stück abzuschreiben haben. Sein Charakterbild wird mit zunehmendem Alter wirklich nicht schöner. In der Hülle seiner Macht, in Dresden, offenbarte er die Hülle einer heillosen Verdrängungs- und Verfolgungslust, die nichts weniger als sympathisch waren. Und in Mannheim, wo er seinen Einfluß zum ersten Male ernstlich gefährdet sieht, wechselt er seine Ueberzeugung wie einen Handschuh, nur um den Schein der Macht für sich zu retten! Denn das wird Herr Bebel niemanden, der seine Entwicklung auch nur oberflächlich verfolgt hat, glauben machen, daß die nüchternpraktische Auffassung von Massenstreik, die Legion und die führenden Gewerkschaftler vertreten haben, je die seine gewesen sei! Aber er fühlt, daß er die Macht nicht mehr hat, den Gewerkschaften seine Ueberzeugung aufzuzwingen; so verkauft er ihnen denn lieber seine Ueberzeugung um den Preis, daß sie ihn in die früheren Besitz der Macht lassen. So und nicht anders ist sein Gemüthswechsel psychologisch zu erklären; so und nicht anders, nur mit einem gewaltigen Aufwand an Schimpfwörtern, würden ihn „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ und verwandte Blätter erklären — wenn es sich eben nicht um August Bebel handelte, mit dem diese in den Augen ihrer Anhänger steht und fällt. Die Stellung des Mannheimer Parteitages aber ist auch von erhöhter Bedeutung für die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Der Revisionismus ist tot; in Dresden hat ihn Bebel niedergetrampelt. So 1903! 1906 aber siegte er durch die Gewerkschaften, wie wir dies früher schon wiederholt andeuteten. Nun haben die Gewerkschaften Oberwasser; gar bald werden sie auch entscheidend sein für die Befegung der parlamentarischen Mandate und dieser Einfluß der Gewerkschaftspolitik wird sich schnell zeigen. Gewiß rechnen wir nicht auf eine Wauferung, weil der Grundfelsen der Sozialdemokratie ein fester ist, es ist dies der historische Materialismus, der alles nach dem Beside entscheidet, nichts nach dem Kopfe. Aber die Gewerkschaften werden sich mehr auf die praktische Arbeit werfen, sie wollen nicht warten, bis der Zukunftsstaat kommt, sie wollen jetzt schon für die Arbeiter sorgen. Jedoch die Ansicht, daß die Sozialdemokraten nun ihren Klassencharakter ablegen, teilen wir nicht.

die Gewerkschaften werden vielmehr diesen erst recht zur Entfaltung zu bringen suchen.

Die übrigen Beschlüsse in Mannheim haben nicht viel Bedeutung. Das Interesse war auch beseitigt, als die Gewerkschaftsfrage zu Ende war. Man kann jetzt gespannt sein, wie die Gruppe Kautsky, Wehring und Wurm sich stellen wird. Ob sie die Abfuhr in Mannheim ruhig einstecken oder ob sie den Kampf jetzt aufnehmen? Die Haltung des „Vorwärts“ aber wird gar bald eine andere als seither sein.

Politische Rundschau.

Dresden, den 1. Oktober 1906.

Der Kaiser hat anlässlich der gestrigen Feier des 80. Geburtstages des Bischofs von Ermland Dr. Andreas Thiel an diesen einen telegraphischen Glückwunsch gesandt, der folgenden Wortlaut hat: „Empfangen Sie zum heutigen Tage, an welchem es Ihnen durch Gottes Gnade vergönnt ist, die Vollendung des 80. Lebensjahres zu feiern, meinen wärmsten Glückwunsch. Möge das Bewußtsein, in Ihrem langen und arbeitsreichen Leben stets die Treue gegen Gott und Menschen gewahrt zu haben und vielen ein Segen geworden zu sein, Ihnen ferner Ihr Wirken und Wohlergehen mit meinem besonderen Interesse begleiten als Ihr wohlgenegter und dankbarer König Wilhelm R.“ Namens der Sie als Regierung sprach Oberpräsident v. Nolte Glückwünsche aus und überbrachte dem Bischof noch einer herzlichen Ansprache den vom Kaiser verlesenen Noten Adlerorden I. Klasse. Bei der Fasel brachte Bischof Dr. Thiel ein Hoch auf den Kaiser und den Papst aus. Unter den übrigen Glückwunschtelegrammen befindet sich auch ein solches von dem Kultusminister Dr. v. Studt.

Herzog Karl von Crox, erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses, ist am 28. September auf dem Jagdschloß Karapancha in Ungarn, wo er sich zur Jagd aufhielt, im Alter von 47 Jahren gestorben. Sein Vetter war Dalmien (Kreis Ronsfeld, Westfalen).

Der von der Prinzessin Ludwig von Bayern, der Gemahlin des Thronfolgers, und ihren Töchtern besetzte Salonwagen im Schnellzuge entgleiste heute vormittag auf der Strecke von Südtirol bei Bozen auf offener Strecke. Weiterer Unheil blieb verhütet und die Prinzessinnen setzten, nachdem sie in die erste Klasse umgestiegen waren, ihre Reise nach Innsbruck fort.

Ueber den Prozeß Bachstein wurde am Freitag in Münster zum achten Male verhandelt: Das Reichsmilitärgericht hatte bekanntlich das am 1. Tag Gefängnis lautende Urteil des Oberkriegsgerichtes auf die Revision des Angeklagten hin aufgehoben, weil die Feststellungen bezüglich der Beschimpfung des Papsttums nicht genügend seien. Es sei vielmehr zu prüfen, ob die Beschimpfung eine rohe, gemeine und verletzende Schmähung gewesen sei. Dazu sei eine niedrige Gefinnung der betreffenden Person nicht erforderlich. Da das oberste Gericht die übrigen Punkte der ersten Anklage, wegen deren Freisprechung erfolgte, unberührt ließ, handelte es sich heute nur noch um die Anklage wegen Beschimpfung des Papsttums. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Die Urteilsbegründung lautet aus: Das Oberkriegsgericht hat erneut zu prüfen: 1. die Frage der Öffentlichkeit, 2. den Anklagepunkt 1e: „Catan habe, nachdem er mancherlei anderes versucht, päpstlich werden müssen. Jetzt sehe er da, habe Heiligthümer aller Art um sich angehäuft: Klingklang, Popanz und Konstranz, Mummenschanz und Firtelanz“, ob dieser unter § 166 des Reichsstrafgesetzbuches fällt oder nicht. Das Gericht nimmt die Öffentlichkeit im objektiven Sinne als erwiesen an, auch daß der Angeklagte das Bewußtsein von der Öffentlichkeit seines Tuns gehabt habe. Die zweite Frage: gegen welche Einrichtungen der katholischen Kirche hat sich der Angriff gerichtet, ist das „Papsttum“ als solches gemeint, hat das Kriegsgericht gleichfalls verneint. Angesichts dieses Ausgangs der Sache erinnert die „Germania“ an ein Strafammer-Urteil, das vor etwa zehn Jahren in Berlin gegen sie ergangen ist. Das Blatt schreibt: „Wir hatten der Stöckerischen „Evangelischen Kirchenzeitung“ eine Schilderung der Zustände in der evangelischen Kirche entnommen und diese eingeleitet mit den Worten „Das Zammerbild des heutigen deutschen Protestantismus“ werde in der „Evangelischen Kirchenzeitung“ geschildert — wohl gemerkt, wir hatten nicht einmal von der evangelischen Kirche als solcher, sondern vom deutschen Protestantismus gesprochen. Wegen dieser Kennzeichnung wurde Anklage erhoben und unser verantwortlicher Redakteur wegen „Beschimpfung der evangelischen Kirche“ zu acht Tagen Gefängnis verurteilt und dieses Urteil auch vom Reichsgerichte bestätigt. Es sei dem Leser überlassen, einen Vergleich zwischen diesem und dem gegen Bachstein ergangenen Urteil anzustellen und sich einen „Vers“ daraus zu machen.“

Auf dem Kongresse für gesetzlichen Arbeiterschutz wurden am Sonnabend die Anträge der Kommission betenden Maximalarbeitsstag beraten. Combari-Wreslau und Jay-Paris befristeten die Festsetzung eines allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitsstages. Die Versammlung sah in diesem Sinne Beschlüsse. Ferner wurde beschlossen, daß zum Zwecke der Feststellung der Nützlichkeit internationaler

Arbeitsverträge ein internationales Arbeitsamt über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter und über die Wirkungen der bereits durch gesetzliche Verwaltungsmaßnahmen und privater Initiative erzielten Einschränkungen des Maximalarbeitsstages Bericht erstatten werden soll. Die Anträge der Kommission für Heimarbeit, nach denen die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz die Landessektionen ersuchen soll, von ihren Regierungen gesetzliche Maßnahmen zu erlangen, durch die für die Arbeitgeber diesbezügliche Verpflichtungen ausgesprochen werden, fanden Ausnahme, ebenso die Ausdehnung der Gewerbeinspektion sowie die der sozialen Versicherung auf die Heimarbeiter sowie die die strengsten Anwendungen der gesundheitlichen Vorschriften und Befehle auf ungeeignete Heimarbeiterräume anstrebenden Anträge derselben Kommission. Ferner wurde ein Antrag angenommen, demzufolge die Bildung von Berufsverbänden und Käufer-Ligen angeregt und gefördert werden soll. Angenommen wurde schließlich noch folgender Antrag der Kommission für Arbeiterversicherung: Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz erachtet eine Verständigung der Frage über die Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer bezüglich der Versicherungsleistungen für durchführbar. Sie regt dazu an, einen internationalen Vertrag zunächst für die Unfallversicherung unter Durchführung dieses Grundgesetzes vorzulegen und ferner durch internationale Besprechungen internationale Verträge für die Anerkennung der Gleichberechtigung zu wirken. Darauf wurde der Kongress geschlossen.

Auf Beschluß der weislichen Parteigänger war unmittelbar nach dem Tode des Prinzen Albrecht eine Abordnung unter Führung des Reichstagsabgeordneten v. Damm zum Herzog von Cumberland geschickt worden, der damals noch in Kopenhagen weilte. Auf die dem Herzog unterbreitete Bitte, daß er die Thronfolge in einem für Braunschweig günstigen Sinne lösen möge, erwiderte der Herzog, wie die „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ melden, daß er bereit sei, den Wünschen der braunschweigischen Bevölkerung sobald wie möglich entgegenzukommen. Er fügte hinzu, er besürchte nur, daß Kaiser Wilhelm keine Verständigung geneigt sei. In diesem Sinne bat der Herzog sich jetzt auch in Gmunden einem höheren braunschweigischen Staatsbeamten gegenüber geäußert, er wäre gern bereit, seinen Frieden mit Preußen zu machen. Man glaubt auch, daß er für seine Person auf die Thronfolge in Braunschweig verzichtet würde, um seinen Söhnen eine selbstständige Entscheidung zu ermöglichen. Wie die Dinge sich in der letzten Zeit entwickelt haben, wird wohl von preussischer Seite das erste Wort in der Angelegenheit gesprochen werden.

Der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim verbandelte am 28. September nachmittags über Sozialdemokratie und Volkserziehung. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: zunächst ein Reichsschulgesetz, dann volle Weltlichkeit der Schule, d. h. Beseitigung jedes Religionsunterrichtes, einheitlicher Aufbau des ganzen Schulwesens von den Volksschulkindergärten bis zur Universtität, damit zugleich natürlich auch volle Gleichberechtigung der Geschlechter, gemeinsame Erziehung, Aufhebung des Lehrentgeltzitates, Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, der Lehrmittel und der Verpflegung in öffentlichen Schulen, Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung, Mitwirkung der Eltern und der Lehrkräfte bei der Schulverwaltung, Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden, Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechtes, Einführung des Arbeitsunterrichtes in allen Schulen, Errichtung von Lehrwerkstätten, Errichtung von besonderen Klassen für schwachbegabte epileptische usw. Kinder, Errichtung von Wärdern, Warm- und Speisekassen in den Schulen, Errichtung von Volksbibliotheken und Instituten für Volksbelehrung und Volkserhaltung. — Frau Zetkin-Stuttgart verlangt fernere Aufklärung der Kinder in der Familie. Eine vernünftige Wohnungsreform würde auch Raum schaffen für eine Lebensbetätigung des Hauses. Gegen die „verpöblichen“ und militarisierten Kindergärten kann die genossenschaftliche Selbsthilfe einsehen. Sämtliche vorliegende Anträge wurden einer Bildungskommission überwiesen. Am Sonnabend, dem letzten Tage, sprach Reichstagsabgeordneter Paale-Königsberg zu dem letzten Hauptpunkt der Tagesordnung: Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug. Referent, der wiederholt in politischen Prozeßen, u. a. in dem Königsberger Geheimbund- und Hochverratsprozeß als Verteidiger fungierte, führte aus: Der Majestätsbeleidigungsparagraf dient dazu, die freie Kritik an den Wehrherren des Staatsoberhauptes zu verhindern. Er ist ein Mittel der Machtdikt und fördert die niedrigste Demagogie. Weiter fordern wir die Abschaffung der Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Ein konservativer Abgeordneter hat diesen Paragrafen den Revolutionsparagrafen genannt. Er bietet in der Tat die Handhabe dafür, eine Kritik der bestehenden Staatseinrichtungen zu verhindern. In gleicher Weise verlangen wir die Beseitigung der Strafbestimmungen wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, weil auch sie geeignet sind, die freie Kritik zu unterbinden. Redner sucht nachzuweisen, daß in Deutschen